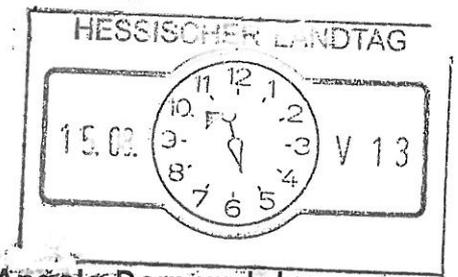




18. Wahlperiode

HESSISCHER LANDTAG

Drucksache 18/



Dringlicher Berichts Antrag

der Abgeordneten Kordula Schulz-Asche, Daniel May, Angela Dorn und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

betreffend drohender Abbau der Partikeltherapie - Patientenbehandlung mit Hilfe der Partikeltherapie im Universitätsklinikum in Marburg ermöglichen

Vorbemerkung: Der Vertrag zwischen dem Land Hessen und der Rhön Klinikum AG enthielt die Zusage, die Patientenbehandlung durch die Partikeltherapie am Standort Marburg bis zum 31.12.2012 aufzunehmen.

Diese Vereinbarung wurde von der Rhön Klinikum AG nicht eingehalten, so dass Pönalzahlungen von 3,5% von 107 Millionen Euro per anno an das Land erfolgen. In der gemeinsamen Vereinbarung vom 28. Januar 2013 legten die Landesregierung und die Rhön Klinikum AG eine Fristverlängerung für die Aufnahme der Patientenbehandlung bis zum 31.12.2013 fest. Die Umsetzung ist laut Aussage der Landesregierung derzeit Gegenstand von Sondierungen, an denen die Landesregierung jedoch weder direkt beteiligt ist noch sich direkt beteiligen möchte.

Der Mietvertrag zwischen der Siemens AG als Eigentümer der Partikeltherapieanlage und dem Rhön Klinikum AG, der das Gebäude gehört, läuft am 30. September aus und wird aus heutiger Sicht nicht verlängert. Die Siemens AG plant, die Anlage, die verschiedener Genehmigungen nach der Strahlenschutzverordnung bedarf, abzubauen und teilweise für die Nutzung nach Shanghai zu exportieren.

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Hat die Siemens AG beim hessischen Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz bereits einen Vorprüfantrag bzw. einen Antrag auf Abbau der unter den Strahlenschutz fallenden Bestandteile der Anlage in Marburg eingereicht? Wenn ja, wann?
2. Zu welchem Datum soll der Abbau durch die Siemens AG beginnen?
3. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung die Genehmigung zum Abbau ganz oder teilweise zu versagen, um das Ende der Verhandlungen über die Partikeltherapie in Marburg abzuwarten?
4. Gibt es Planungen, den bisherigen Betrieb der Anlage bis zum Abschluss der derzeitigen Verhandlungen weiterzuführen? Wenn ja, von welchem Betreiber? Wenn nein, welche Konsequenzen hätte eine Stilllegung für die Nutzung der Anlage für die Patientenbehandlung?

5. Stimmt die Landesregierung der Einschätzung zu, dass die Stilllegung der strahlentechnisch relevanten Bestandteile der Anlage das endgültige Aus für den Patientenbetrieb in Marburg bedeuten würde?
6. Wie ist sichergestellt, dass die Siemens AG während der Verhandlungen bzw. bis zur Entscheidung über die Abbaugenehmigung durch das Umweltministerium nicht mit dem Abbau der nicht strahlenrelevanten Bestandteile der Anlage beginnen wird?
7. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass alle Beteiligten nicht nur aufgefordert sind, orientiert auf ein positives Ergebnis zur Aufnahme der Patientenbehandlung zu verhandeln, sondern auch vor Abschluss der Verhandlungen keine endgültigen Fakten zu schaffen?
8. Wie ist sichergestellt, dass das derzeit in der Partikeltherapie arbeitende medizinische und technische Personal auch über den 30. September hinaus in Marburg zur Verfügung stehen wird, um die Patientenbehandlung zum Jahresende überhaupt zu ermöglichen?

Wiesbaden, den 15. Aug. 2013

F:\Kordula\Parl. Inf\2011\dBA UKGM August 2013.docx



Der Fraktionsvorsitzende
Tarek Al-Wazir



Kordula Schulz-Asche



Daniel May



Angela Dorn

Eingegangen am

Ausgegeben am